

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/002(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 29.10.2004	Neues Rathaus Konferenzraum I	15:00Uhr	18:10Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 2 Bestätigung der Tagesordnung

- 3 Genehmigung der Niederschriften Verwaltungsausschuss vom 03. 09. 2004 und 22. 09. 2004

- 4 Besetzung der Unterausschüsse des Verwaltungsausschusses
WV vom 03. 09. 2004

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 5 Beschlussvorlagen

- 5.1 Haushaltsrechtliche Entscheidung im Rahmen der Fortführung des Übertragungsprozesses von Kinderbetreuungseinrichtungen an freie Träger
Vorlage: DS0674/04

BE: Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

- 5.2 Wahl des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg
Vorlage: DS0724/04

BE: Bürgermeister

- 5.3 Erwerb weiterer Geschäftsanteile an der Magdeburger Hafen GmbH
Vorlage: DS0649/04

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

- 5.4 Gesellschaftsrechtliche Zusammenführung und Neuordnung der
Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGGM)
sowie damit verbundene Maßnahmen zur Effizienzsteigerung
Vorlage: DS0637/04

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Michael Stage

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Thomas Kilian

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Wigbert Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Tagesordnung einstimmig zu.

3. Genehmigung der Niederschriften Verwaltungsausschuss vom 03. 09. 2004 und 22. 09. 2004

Zur Nachfrage von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, bzgl. des Prüfergebnisses hinsichtlich der Verankerung einer Residenzpflicht in Einstellungsverträgen für Geschäftsführer und Betriebsleiter (Punkt 13.3 der Niederschrift vom 03. 09. 2004) führt der Oberbürgermeister aus, dass derzeit noch kein Ergebnis vorliegt.

Die Niederschriften des Verwaltungsausschusses vom 03. 09. 2004 und vom 22. 09. 2004 werden von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen bestätigt.

4. Besetzung der Unterausschüsse des Verwaltungsausschusses

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete I Herr Platz teil.

Auf der Grundlage der an die Mitglieder des Verwaltungsausschusses ausgereichten nichtöffentlichen Information I0331/04 der Verwaltung unterbreitet der Beigeordnete I die Empfehlungen der Verwaltung. Diese laufen darauf hinaus, interfraktionelle Arbeitsgruppen „Gesellschafterverträge“ und Hauptsatzung/Geschäftsordnung“ zu bilden und den Unterausschuss „Widerspruchsbescheide“ nicht wieder zu besetzen.

Dies bietet den Vorteil, in der Besetzung seitens der Fraktionen freier handeln zu können. Hinsichtlich der Arbeitsgruppenbildung ist eine diesbezügliche Änderung der Geschäftsordnung vorzunehmen.

Die Empfehlung zum UA „Widerspruchsbescheide“ wird damit begründet, dass die hier zu klärenden Angelegenheiten Verwaltungshandeln sind und die erforderlichen Anhörungen seitens des Fachamtes durchgeführt werden.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, Bezug auf seinen Hinweis in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03. 09. 2004 hinsichtlich des erforderlichen Klärungsbedarfes auf Grund der per Stadtratsbeschluss erfolgten Übernahme von Aufgaben des Personalausschusses durch den Verwaltungsausschuss. Er merkt kritisch an, dass dies in der Stellungnahme der Verwaltung keine Berücksichtigung gefunden hat und äußert seine Vorstellung, hier einen entsprechenden Unterausschuss zu bilden, damit umfangreiche Beratungen, z.B. zum Stellenplan, nicht im Verwaltungsausschuss erfolgen müssen, da dies dort auch nicht leistbar ist.

Hierzu äußert der Oberbürgermeister unter Verweis auf die Diskussion bzgl. der Änderungen zur Hauptsatzung im Stadtrat seine persönliche Auffassung, dass hier keine Bildung eines Unterausschusses erforderlich sei. Er legt dar, dass die Thematik Stellenplan 2005 im Verwaltungsausschuss behandelt wird und unterbreitet den Vorschlag, dies im Rahmen einer Sondersitzung am 12. 11. 2004, 14.00 Uhr durchzuführen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Terminvorschlag zu.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, vertritt die Auffassung, dass § 45 der Gemeindeordnung LSA eine Unterausschussbildung rechtlich abdeckt. Hinsichtlich des UA „Widerspruchsbescheide“ verweist er auf die hier in der Vergangenheit vorgenommenen Anhörungen und zweifelt das Nichterfordernis der Arbeit dieses Unterausschusses an. Er legt dar, dass die Anhörungen zwar nicht sehr häufig erforderlich waren, aber auf Grund der dann zu klärenden Anliegen ein umfänglicher Beratungsaufwand zu leisten war.

Hierzu wird durch den Beigeordneten I ausgeführt, das Widerspruchsverfahren formelles Verwaltungshandeln sind und die Ergebnisse der von der Verwaltung geführten Anhörungen im Verwaltungsausschuss vorgestellt werden. Er sieht hierin eine Vereinfachung der Widerspruchsverfahren.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, vertritt die Auffassung, dass das Anhörungsverfahren der Verwaltung sich erheblich von dem im Unterausschuss geführten Verfahren unterscheidet. Er hält es für dringend geboten, dass persönliche Gespräch intensiv mit dem Bürger zu führen.

Durch den Beigeordneten I wird darauf verwiesen, dass es sich hierbei um zwei unterschiedliche Verfahren handelt.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, spricht sich auf Grund der Herbeiführung der rechtlichen Klarheit für die Beibehaltung des Unterausschusses „Widerspruchsbescheide“ aus und teilt die Auffassung von Stadtrat Schindehütte, dass die Regelungen der Gemeindeordnung LSA die Unterausschussbildung stützen. Er geht davon aus, dass widerspruchsführende Bürger Unterstützung bei einzelnen Fraktionen suchen werden und sieht es als sinnvoll an, dass Mitarbeiter der Verwaltung dieses Anhörungsverfahren begleiten.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass bereits jetzt eine große Anzahl Verwaltungsmitarbeiter an den verschiedensten Ausschusssitzungen teilnehmen und verweist auf den damit verbundenen finanziellen und zeitlichen Aufwand. Ausdrücklich verweist er weiterhin darauf, dass der Verzicht zur Besetzung des UA „Widerspruchsbescheide“ lediglich ein

Vorschlag der Verwaltung sei und die Entscheidungskompetenz hierbei bei den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liege.

Hinsichtlich der Bildung interfraktioneller Arbeitsgruppen sieht Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, den Vorteil, hier auch Mitglieder benennen zu können, die nicht unmittelbar dem Stadtrat angehören.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, verweist hierzu auf das Erfordernis einer entsprechenden Änderung der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung und spricht sich unter Hinweis auf die Regelungen der Gemeindeordnung als Handlungsgrundlage für Unterausschüsse und gegen die Arbeitsgruppenbildung aus.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, empfiehlt, den vorgelegten Verwaltungsvorschlag in den Fraktionen zu beraten und hierzu einen Standpunkt zu bilden.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, spricht sich ebenfalls für eine Beratung in den Fraktionen aus. Bezüglich der Problematik „Widerspruchsbescheide“ verweist er auf das Informationsverfahren im Ausschuss FG.

Abschließend bittet der Oberbürgermeister die Fraktionen um eine Meinungsbildung zum vorgelegten Verwaltungsvorschlag und diese nebst Änderungswünschen der Verwaltung mitzuteilen. Er verweist darauf, dass in der neuen Wahlperiode noch keine Unterausschussbildung vorgenommen wurde.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, unterbreitet den Vorschlag, nach Abstimmung in den Fraktionen eine mögliche abschließende Abstimmung im Rahmen der Sondersitzung am 12. 11. 2004 vorzunehmen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Haushaltsrechtliche Entscheidung im Rahmen der Fortführung des Übertragungsprozesses von Kinderbetreuungseinrichtungen an freie Träger Vorlage: DS0674/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete I Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache geht der Beigeordnete I auf den Sachstand des bereits vorgenommenen Übertragungsprozesses bis zum 01. 08. 2004 ein. Der derzeitig durch das Dezernat V in Vorbereitung stehende weitere Übertragungsprozess soll bis zum 31. 07. 2005 abgeschlossen werden. Insbesondere verweist er darauf, dass mit der vorgelegten Drucksache klare Botschaften bezüglich der weiteren Verfahrensweise auch nach außen verkündet werden sollen.

Im Weiteren führt der Beigeordnete I aus, dass nicht davon auszugehen ist, dass ein 100%iger Personalübergang stattfinden wird, da möglicherweise ein geringer Teil der Mitarbeiterinnen von ihrem Widerspruchsrecht hinsichtlich Personalübergang Gebrauch machen werden. In diesen Fällen werden die entsprechenden Einrichtungen auch ohne Personal übertragen und es sind Maßnahmen vorzubereiten, möglichst rechtssichere Änderungskündigungen auszusprechen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, hinterfragt die Verantwortlichkeit des Stadtrates und sieht bezüglich der aktuellen Situation einen Widerspruch zu bisherigen Aussagen der Verwaltung.

In Beantwortung der Nachfrage verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dies eine reine Stellenplanangelegenheit sei und die einzelnen Fälle, die möglicherweise betroffen sind, nicht in Entscheidungsverantwortung des Verwaltungsausschusses liegen. Die Verfahrensweise wurde durch ihn bereits mit der Gewerkschaft und dem Personalrat abgestimmt.

Stadtrat Brüning; PDS-Fraktion, verweist darauf, dass die Zielstellung der Drucksache der bisherigen Beschlusslage widerspricht.

Er macht darauf aufmerksam, dass mit den bisherigen 38 Übertragungen noch keine Erfahrungen gesammelt werden konnten, jetzt aber Entscheidungen getroffen werden sollen, weitere Übertragungen vorzunehmen. Er legt die Auffassung seiner Fraktion dar, dass die Kommune auch weiterhin stadtteilbezogen Einrichtungen vorhalten sollte. Er kann der vorgelegten Drucksache nicht zustimmen.

Der Oberbürgermeister unterstreicht noch einmal die mit dieser Drucksache angestrebte Lösung der Problematik.

Stadtrat Meinecke, PDS-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Brüning und hinterfragt das Verfahren mit den KW-Vermerken zum 31.07.2005.

Zu seiner Aussage, dass die Stadt in der Verantwortung steht, Kindereinrichtungen vorzuhalten, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass dies seitens der Stadt auch getan wird, aber es keine gesetzliche Vorschrift gibt, dies als Kommune tun zu müssen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Meinecke, hinsichtlich eines möglichen Handlungsbedarfs im Ergebnis der genannten KW-Vermerke, sichert der Oberbürgermeister entsprechende interne Lösungen zu.

Die in der weiteren Diskussion aufgeworfenen Fragen u.a. zu Personalkosten, arbeitsrechtlichen Verfahren sowie Einsparpotentialen werden durch den Oberbürgermeister und den Beigeordneten I beantwortet.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0674/04 in seiner Sitzung am 04. 11. 2004 zu beschließen.

5.2. Wahl des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg
Vorlage: DS0724/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

In seinen erläuternden Ausführungen legt er dar, dass Grundlage für die mit der Neuwahl des Stadtrates erforderliche Wahl des Verwaltungsrates durch den Stadtrat die §§ 9 – 11 des Sparkassengesetzes bilden, welche das erforderliche Verfahren hierfür regeln. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die einzelnen Vorschläge ein und verweist insbesondere auf die Neuheit, dass die Besetzung des Verwaltungsrates mit den politischen Vertretern nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren durchzuführen ist. Ebenfalls neu ist, dass jeweils nur 1 Stellvertreter gewählt werden soll. Da sich jedoch die bisherige Regelung zur Wahl von jeweils zwei Stellvertretern bewährt hat, wird vorgeschlagen, weiterhin so zu verfahren. Dieser Vorschlag wurde auch mit dem Finanzministerium, der Sparkassenaufsicht sowie dem OSGV abgestimmt.

Er verweist mit Hinweis auf die Kommentierung zum Sparkassengesetz darauf, dass sich nur ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates aus der politischen Ebene rekrutieren sollen.

Ergänzend geht der Oberbürgermeister auf die einzelnen Vorschläge zu den Vertretern des Verwaltungsrates aus dem Kundenkreis der Sparkasse ein und macht hierzu erläuternde Ausführungen.

Ein Abweichen von den Personalvorschlägen der Verwaltung bezüglich der aus dem Kundenkreis der Sparkasse zu wählenden Mitglieder könnte nach außen als falsches Signal aufgefasst werden.

Bezüglich der Wahl von 2 Stellvertretern für den Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Verwaltungsrates führt der Bürgermeister aus, dass diese aus der Mitte des Verwaltungsrates gewählt werden. Insgesamt besteht die Mitgliederanzahl sowie deren Stellvertreter aus 18 Personen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, spricht sich für die Wahl von zwei Stellvertretern aus und unterstreicht mit Hinweis auf die neue Gesetzeslage, dass sowohl die Mitglieder aus den Reihen des Stadtrates als auch aus dem Kundenkreis der Sparkasse nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu bestimmen sind.

Hinweis: Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, trifft um 16.10 Uhr zur Sitzung ein.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, empfiehlt eine Verständigung dahingehend vorzunehmen, ob die Fraktionen auch eigene Vorschläge hinsichtlich Vertreter aus dem Kundenkreis vornehmen.

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion zur Drucksache verbunden mit dem Hinweis, dass die Fraktion eigene Vorstellungen zu den Kandidaten präsentieren wird.

Im Ergebnis der Diskussion wird nachfolgendes **Fazit** gezogen:

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die vorgelegte Drucksache zur Kenntnis und empfehlen dem Stadtrat die Wahl von zwei Stellvertretern.

Auf Hinweis von Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, auf den unvollständigen Beschlusspunkt 2 der Drucksache ist zur Sitzung des Stadtrates am 04. 11. 2004 ein entsprechendes Austauschblatt auszureichen.

5.3. Erwerb weiterer Geschäftsanteile an der Magdeburger Hafen GmbH
Vorlage: DS0649/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta teil.

Der Beigeordnete III macht erläuternde Ausführungen hinsichtlich der Hintergründe der Anteilsveräußerung der Stadt Schönebeck. Insbesondere verweist er darauf, dass es für den Fall einer Kündigung keine speziellen Regelungen im Gesellschaftsvertrag gibt, so dass nunmehr verschiedene Möglichkeiten

- Erwerb der Anteile zum Nominalwert
- Einziehung der Anteile und Abfindung durch die Gesellschaft
- Abstimmung einer einvernehmlichen Regelung zwischen der LH MD und SWM hinsichtlich eines Anteilserwerbs zu einem anderen Verhältnis

auf Grund der gesetzlichen Regelungen bestehen. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf die einzelnen Möglichkeiten ein und unterbreitet im Ergebnis seiner Ausführungen den Vorschlag, den Anteilserwerb vorzunehmen. Insbesondere da dies den Vorteil bringt, dass im Fall einer Privatisierung die Stadt 90 % der Geschäftsanteile hält.

Hinsichtlich der Hinweise des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, bzgl. der in der Drucksache genannten Haushaltsstelle sowie der Deckungsquelle sagt der Oberbürgermeister für den 01. 11. 2004 eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, äußert sich kritisch hinsichtlich der Folgerungen an dem Beschlusspunkt 1 für die Stadt Magdeburg. Mit dem Hinweis auf seine Auffassung, dass die Stadt den Schönebecker Hafen mitfinanziert, hinterfragt er rechtliche Möglichkeiten, hier eine Änderung vorzunehmen.

In Beantwortung der Frage informiert der Oberbürgermeister, dass hierzu eine rechtliche Prüfung vorgenommen wurde, es aber keine andere Lösungsmöglichkeit gibt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0649/04 in seiner Sitzung am 04. 11. 2004 zu beschließen.

5.4. Gesellschaftsrechtliche Zusammenführung und Neuordnung der
Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH
(MVGGM) sowie damit verbundene Maßnahmen zur
Effizienzsteigerung
Vorlage: DS0637/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta teil.

In seinen erläuternden Ausführungen nimmt der Beigeordnete III Bezug auf die Beschlussfassung des Stadtrates zur Zusammenlegung der bisherigen drei Gesellschaften. Dies soll mit dieser Beschlussfassung vollzogen werden. Zielstellung ist es, hiermit das Veranstaltungsgeschäft voranzubringen. Als besonderen Vorteil einer Verschmelzung benennt er, dass in den nächsten Jahren keine Erhöhung von entsprechenden Zuschüssen erforderlich sein wird und später sogar eine Absenkung zu erwarten ist.

Ergänzend hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass der vorgelegte Vorschlag als Haushaltskonsolidierungsmaßnahme in Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zu sehen ist.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, geht in seinen Ausführungen auf die Diskussion im Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik (RWB) ein und informiert, dass hier die vorgelegte Drucksache abgelehnt wurde. Ablehnungsgrund sei nicht die Drucksache an sich gewesen, sondern ungeklärte Fragen z.B. hinsichtlich steuerlicher Belange, Zahlung von Zuschüssen sowie Darstellung der Wirtschaftlichkeit. Hier muss eine weitergehende inhaltliche Untersetzung vorgenommen werden.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass die Klärung der aufgeworfenen Fragen jedoch nicht bis zur Stadtratssitzung am 04. 11. 2004 erfolgen kann.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, kündigt für die Stadtratssitzung die Einbringung entsprechender Anträge an. Er legt dar, dass er die Teilnahme der Geschäftsführer an der Ausschusssitzung als unglücklich betrachtet. Insbesondere hält er es für fraglich, eine Verlängerung der Geschäftsführerverträge bis zum Jahr 2009 vorzunehmen.

Er hinterfragt die tatsächlichen Einsparungspotentiale, hält die vorgelegte Drucksache für nicht ausreichend für die Neugründung der Gesellschaft und sieht die Position des Stadtrates aufgrund fehlender Gesellschaftervertreter geschwächt.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, sieht ebenfalls noch weiteren Klärungsbedarf vor einer Zustimmung zur Drucksache. Insbesondere verweist er dabei auf die Problematik der Fördermittelsituation und legt seine Auffassung dar, dass auch der Stadtrat sein Mitspracherecht in wesentlichen Fragen, z.B. Einstellung oder Entlassung von Geschäftsführern, gesichert sehen muss.

Er gibt die Empfehlung, die Drucksache zur Überarbeitung zurückzuziehen.

Der Oberbürgermeister bezeichnet es als erfreulich, dass es allgemein Zustimmung zum Vorschlag der Verschmelzung der Gesellschaften gibt und sagt zu, die aufgeworfenen Problemstellungen einer Klärung zuzuführen und die Drucksache entsprechend zu überarbeiten.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, hält es für ungünstig, die im Punkt 5 des Beschlussvorschlages benannten Vorbehalte durch den Stadtrat zu beschließen und unterstreicht das Erfordernis einer Klärung im Vorfeld. Er untertützt die Auffassung von Stadtrat Brüning hinsichtlich eines größeren Aufsichtsrates.

Stadtrat Dr. Kutschmann, BfM/Tierschutz, vermisst eine klare Konzeption zum Messestandort Magdeburg. Er sieht in der Zusammenlegung der einzelnen Gesellschaften die Möglichkeit, den Messestandort Magdeburg zu stärken, insbesondere unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Einrichtungen Magdeburgs.

In seinen weiteren Ausführungen verweist der Beigeordnete III darauf, dass keine Neugründung einer Gesellschaft vorgenommen werden soll, sondern drei bereits am Markt existierende Gesellschaften zusammengeführt werden. Insbesondere sind hierbei auch die bestehenden Geschäftsführerverträge zu berücksichtigen. Er sieht nur begrenzte Möglichkeiten zum Personalabbau und begründet die Einbeziehung der Geschäftsführer. Er verweist darauf, dass die Rolle der Gesellschafterversammlung geklärt werden muss.

Er geht abschließend auf die Zielstellung des vorliegenden Grundsatzbeschlusses ein.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, geht kritisch auf die Aussage des Beigeordneten III hinsichtlich der Verneinung einer Gesellschaftsneugründung ein. Er unterbreitet den Vorschlag, die Problematik „Gesellschaftervertreter“ in der Arbeitsgruppe „Gesellschaftsverträge“ zu thematisieren und danach dieses Thema erneut im Ausschuss VW zu behandeln.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, nimmt ebenfalls kritisch zu den Ausführungen des Beigeordneten III Stellung und spricht sich dafür aus, mit der Drucksache klare Prämissen zu setzen. Er kündigt an, zur Problematik eine Verständigung in seiner Fraktion vorzunehmen und entsprechende Vorschläge dem Oberbürgermeister zuzuleiten und empfiehlt, dies auch in den anderen Fraktionen zu tun.

Im Ergebnis der umfänglichen Diskussion zieht der Oberbürgermeister nachfolgendes **Fazit**:

1. Die DS0637/04 wird von der Tagesordnung des Stadtrates am 04. 11. 2004 zurückgezogen.
2. Nach Vorliegen der Standpunkte der Fraktionen hinsichtlich konkreter Änderungsvorschläge erfolgt eine Einladung des Oberbürgermeisters an die Fraktionen und den Beigeordneten III zu einem Abstimmungsgespräch.
3. Der Beigeordnete III wird beauftragt zu prüfen, ob eine entsprechende Beschlussfassung Anfang 2005 erfolgen kann, da eine Beschlussfassung in der Stadtratssitzung am 02.12.04 nicht möglich ist.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Andrea Behne
Vorsitzende/r

Büro f. Öffentlichkeitsarbeit /
Schriftführer/in